



Anlage zum Antrag vom

Name der/des Antragstellenden

W-Nummer lt. Hauptantrag

Hinweis:

Bitte für jedes Mitglied des Gründerteams einzeln ausfüllen.

ego.-START (GRÜNDERSTIPENDIUM)

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Frau

Herr

Name, Vorname

Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

E-Mail

Ausweisnummer Personalausweis/ Reisepass

Steuer-ID

ausgeübte / geplante Funktion im Unternehmen

bestehender/geplanter Anteil am Unternehmen
(in %)

2. ANGABEN ZU DEN BEANTRAGTEN HILFEN ZUR SICHERUNG DES LEBENSUNTERHALTES

	für den Zeitraum Monat/Jahr		Anzahl der Monate	Monatlich in Euro	Gesamt in Euro
Gründerstipendium von	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>	2.000,00	<input type="text"/>

Sind Einkünfte oder Hilfen zum Unterhalt vorhanden oder weitere öffentliche Förderungen bzw. Finanzierungshilfen zur Sicherung des Lebensunterhaltes beantragt, zugesichert oder bewilligt?

Ja

Nein

Falls ja, bitte nachfolgend bezeichnen:

Name und Anschrift der Institution	Zweck/Gegenstand	Betrag in Euro	für das Jahr
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

3. ANGABEN ZUM BERUFLICHEN WERDEGANG

Versicherungspflichtige Tätigkeiten bzw. Ausbildungen innerhalb der letzten 5 Jahre:

von Monat/Jahr	bis Monat/Jahr	Arbeitgeber/Ausbildungsstätte und Tätigkeit

4. ANGABEN ZU DEN IM BUSINESSPLAN DEFINIERTEN MEILENSTEINEN

Inhalt des definierten Meilensteines (in der Regel 2, falls erforderlich 3 Meilensteine)	Datum der Zielerreichung

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Unternehmensgründungen (ego.-START) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P werden anerkannt.
- Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/ Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko. Mit/uns ist das Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn bekannt (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).
- Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- Für das Vorhaben werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir das Hinweisblatt zur Wahrung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB) zur Kenntnis nehme(n) und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werde(n). Sofern das beantragte Vorhaben auch die Förderung von Teilnehmern umfasst, werde ich/werden wir diese Informationen an die Teilnehmer weitergeben. Mir/Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung führen kann.
- Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- Mir/Uns ist bekannt, dass die IB verpflichtet ist, den Finanzbehörden bestimmte Angaben zur Förderung, insbesondere die Höhe der ab 01.01.2024 gewährten Zahlungen, gemäß § 2 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und Rundfunkanstalten (Mitteilungsverordnung) vom 07.09.1993 (BGBl. I S. 1554) in der jeweiligen Fassung, zu übermitteln.

m) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

Ja

Nein

n) Zur Überprüfung der Leistung und der Effizienz des aus Mitteln der Europäischen Union finanzierten Förderprogramms werden im Hinblick auf die damit angestrebten Ziele die notwendigen Daten zu den Teilnehmern gemäß Artikel 17 und Anhang I Verordnung (EU) 2021/1057 mittels eines Fragebogens für Teilnehmer jeweils zum Eintritt und zum Austritt sowie ggf. im Rahmen einer ergänzenden Erhebung sechs Monate nach Ende des Vorhabens (Verbleibsdatenerhebung zur Ermittlung längerfristiger Ergebnisse durch die Teilnahme) erhoben. Bis auf diejenigen Fragen, die mit einem „*“ gekennzeichnet sind, handelt es sich um Pflichtangaben, deren vollständige Angaben erforderlich sind. Der Fragebogen zum Austritt aus einem ESF+ Vorhaben inklusive Ausfüllhilfe zum Fragebogen ist mir/uns bekannt. Die Datenerhebung zum Austritt aus dem Vorhaben werde/n ich/wir entsprechend dem zeitlichen Verlauf meines/unseres Vorhabens veranlassen.

o) Ich erkläre/wir erklären, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausgaben für eine Verlagerung gemäß Artikel 66 Absatz 1 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 27 Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden. Eine Verlagerung ist gemäß Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 die Übertragung derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit oder eines Teils davon von einer im Gebiet einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte (ursprüngliche Betriebsstätte) zu der im Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte, in der die geförderte Investition getätigt wird (geförderte Betriebsstätte). Eine Übertragung liegt vor, wenn das Produkt oder die Dienstleistung in der ursprünglichen und in der geförderten Betriebsstätte zumindest teilweise denselben Zwecken dient und der Nachfrage o-der dem Bedarf desselben Typs von Verbrauchern gerecht wird und in einer der im Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen ursprünglichen Betriebsstätten des Beihilfeempfängers Arbeitsplätze im Bereich derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit verloren gehen.

p) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2., 3., 4. sowie 5a), 5b), 5c), 5d), 5e), 5f), 5g), 5h), 5i), 5j), 5k), 5m), 5n) und 5o) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8 beizufügenden Unterlagen sowie die Angaben in der mit diesem Antrag abgegebenen KMU-Erklärung bzw. in der KMU-Erklärung vom

Tag/Monat/Jahr

abgegeben für eine Förderung aus dem Programm

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

Elektronische Kommunikation: In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das [IB-Kundenportal](https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal). Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des [IB-Kundenportals](https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal) ist eine Registrierung erforderlich. Nähere Informationen zum [IB-Kundenportal](https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal) finden Sie unter <https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal>

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Einwilligung zur Analyse meiner Daten, Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Einwilligung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post

telefonisch

per E-Mail

Hinweise zur Datennutzung

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antrag geforderten Angaben zum Antragsteller und seinen wirtschaftlichen Eigentümern zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe a Verordnung [EU] Nr. 2016/679 Daten-schutz-Grundverordnung, § 4 Satz 1 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt - DSAG LSA in Verbindung mit Artikel 69 Absatz 2 und Anhang XVII Verordnung [EU] 2021/1060).

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der IB verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union übermittelt und von diesen verarbeitet werden können.

Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).

Ich habe/Wir haben alle wirtschaftlichen Eigentümer über die Erhebung und Verarbeitung ihrer im Antrag geforderten Angaben informiert und die entsprechenden Datenschutzhinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten wirtschaftlicher Eigentümer (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB) zur Kenntnis gegeben.

Im Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB findet sich das datenschutzrechtliche Informationsblatt „Informationen der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF im Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) für Teilnehmende“. Ich/Wir bestätigen, dass wir die Teilnehmenden auf dieses Merkblatt hinweisen werden.

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)